

["Jemand mag unsere Häuser". Die Bewohner von Concha Zaspa gehen massenhaft vor Gericht](#)

09.09.2021

„Nun, jemand mochte die Häuser, also nahm man sie weg. Schließlich wurden die Namen der Personen, die aus dem Ferienhaus Concha Zaspa vertrieben werden sollten, nach völlig unklaren Kriterien ausgewählt. Vielleicht lag es an der Qualität der Häuser“, sagt Oleksandr Lavrynovych, ehemaliger Justizminister und ehemaliger Leiter des Obersten Justizrates, gegenüber Vesti.

*Das ist eine maschinelle Übersetzung eines Artikels aus der „*Onlinezeitung Westi*(Zeitung Vesti: „Jemand mag unsere Häuser. [Die Bewohner von Concha Zaspa gehen massenhaft vor Gericht](#)). Die Übersetzung wurde weder überprüft, noch redaktionell bearbeitet und die Schreibung von Namen und geographischen Bezeichnungen entspricht nicht den sonst bei [Ukraine-Nachrichten](#) verwendeten Konventionen.*

???

„Nun, jemand mochte die Häuser, also nahm man sie weg. Schließlich wurden die Namen der Personen, die aus dem Ferienhaus Concha Zaspa vertrieben werden sollten, nach völlig unklaren Kriterien ausgewählt. Vielleicht lag es an der Qualität der Häuser“, sagt Oleksandr Lavrynovych, ehemaliger Justizminister und ehemaliger Leiter des Obersten Justizrates, gegenüber Vesti.

Er ist einer derjenigen, die es auf die erste von Oleksiy Danilov, dem Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, angekündigte „Räumungsliste“ geschafft haben. Wir möchten Sie daran erinnern, dass Präsident Wladimir Zelenskij im Mai eine umfassende Prüfung der Grundstücke und Häuser in Koncha Zaspa und Puscha-Vodytsia angeordnet hat, die sich in Staatsbesitz befinden. Der Staatschef sagte, dass dort Menschen mit der Vorsilbe ex und „obskure Personen“ leben, die sich unter Petro Poroschenko niedergelassen und die „große Umsiedlung dieser Völker“ eingeleitet haben.

Insgesamt erstrecken sich das Ferienhaus Concha Zaspa und der Ferienkomplex Puscha-Voditsa über eine Fläche von fast 400 Hektar mit über 100 Regierungsgebäuden und Sommerhäusern, in denen rund 200 ehemalige und derzeitige Beamte sowie etwa 50 Mieter untergebracht sind.

„Das Haus in einem Zustand hinterlassen, in dem man einziehen und leben kann“

Oleksandr Lavrynovych gehörte zu den 20 Bewohnern, die über die bevorstehende Räumung informiert wurden. „Mir wurde lediglich mitgeteilt, dass die Investitionsvereinbarung mit mir gekündigt wurde. Und sie haben mir verboten, das Gebiet zu betreten. Jetzt bin ich zu meinem Sohn gezogen und wohne in seiner Wohnung“, sagt Lavrynovych. Sein Umzug verlief ohne Skandal, obwohl er nach eigenen Angaben viel Geld in den Bau des Hauses investiert hat, in dem er und seine Familie leben.

Die Bewohner des Ferienheims Concha Zaspa leben dort in Pensionszimmern, gemieteten Ferienhäusern und Wohnhäusern, die auf der Grundlage von Investitionsvereinbarungen gebaut wurden, in deren Rahmen ein neues Haus errichtet wird. Aber es ist nicht möglich, dieses Eigentum um jeden Preis zu vererben.

„Gemäß der Investitionsvereinbarung habe ich praktisch ein Haus von Grund auf gebaut. Das Haus, das mir zugewiesen wurde, war unbewohnbar: völlig heruntergekommen. Ich musste sie abbauen und neu aufbauen. Solche Reparaturen erhöhten natürlich die Kapitalisierung des Wohnungsbestandes der Ferienhäuser. Aber es hat mir gut gefallen. Die Investitionskosten wurden mit den Nutzungsgebühren verrechnet, und der Staat musste den Rest erstatten. Und nach diesen Kosten könnte ich in dem Haus länger als physisch möglich leben 88 Jahre“, sagt Oleksandr Lavrynovych.

Seinen Angaben zufolge baute er ein zweistöckiges Haus, das er mit Möbeln und Geräten ausstattete. „Als wir auszogen, konnten wir nicht alles mitnehmen. Wir haben die Küche mit Herd, Geschirrspüler und Möbeln sowie mein Büro und mein Ankleidezimmer komplett belassen – sonst hätten wir alles umgestalten müssen. Das Haus ist also in einem solchen Zustand, dass man einziehen und wohnen kann. Bei der Übergabe der Schlüssel zum Haus wurden sie gefilmt und alles wurde von Vertretern der staatlichen Verwaltung dokumentiert“, so der ehemalige Minister.

Er hält die Situation rund um die VIP-Räumung für eine politische PR-Übung. „Dies alles wird von den Behörden genutzt, um ihre Einschaltquoten zu erhöhen. Eine der Maßnahmen, um dies zu erreichen, ist der Kampf mit bekannten Vertretern der „böartigen Behörden“. Wenn die Dinge schlecht stehen, geben sie der „bösen Macht“ die Schuld. Doch nach den Gesetzen der Psychologie und der Sozialwissenschaft wird sich kein normaler Mensch daran erinnern, wie es 1998, 2003 oder 2010 unter dieser Regierung aussah. Rechtlich gesehen gibt es nichts zu sagen, da es in der Ukraine keine Rechtsstaatlichkeit mehr gibt. Und Worte wie ‚Rechtsstaatlichkeit‘ auszusprechen, ist eine Verhöhnung“, sagte Lawrynowytsch.

Er betont, dass die Menschen in diesen Häusern auf der Grundlage von Verträgen lebten. „Zunächst haben wir nur die Rechnungen für die Versorgungsleistungen bezahlt, aber ab 2014 haben wir auch andere Zahlungen geleistet, die im Vertrag nicht vorgesehen waren: für die Unterkunft und die Instandhaltung. Die Staatsgarde wurde eingesetzt, um uns zu bekämpfen und uns aus unseren Häusern zu vertreiben. Und die Räumungsinitiative des Präsidenten selbst widerspricht dem Wohnungsgesetzbuch der Ukraine. Darin ist eindeutig festgelegt, dass eine Räumung von staatlichen Unterkünften in zwei Fällen möglich ist: auf persönliche Initiative des Bewohners oder durch Gerichtsbeschluss aufgrund von Verstößen gegen ukrainische Gesetze. Es gibt keine Norm wie „auf Beschluss des Verwalters, auch wenn es das Staatsoberhaupt ist“.

Wenn Sie sich an die Geschichte erinnern, haben sogar die Bolschewiki nach der Revolution denjenigen, denen die Immobilien weggenommen oder ‚verdichtet‘ wurden, eine Gegenleistung angeboten“, betont Lawrynowytsch.

„Bereits 40 Klagen“.

Der ehemalige Justizminister schloss nicht aus, dass er die Leitung des Ferienheims wegen der falschen Entscheidung verklagen würde. „Ich gehöre nicht zu denjenigen, die bisher eine Klage eingereicht haben. Aber natürlich werde ich einige Schritte unternehmen, auch rechtliche“, sagte Lawrynowytsch gegenüber Vesti.

Wie der ehemalige ukrainische Generalstaatsanwalt Sviatoslav Piskun, der zu den ersten gehörte, die aus den staatlichen Datschen vertrieben wurden, gegenüber Vesti erklärte, haben bereits 40 Personen die Absicht zu klagen.

„Ich bin da sofort raus und habe diese Einrichtung aus meinem Leben gestrichen. Und ich will nichts davon wissen. Aber ich weiß, dass alle Mieter, die zum Auszug aufgefordert wurden, vor Gericht gegangen sind. Inzwischen gibt es 40 Klagen gegen die Leitung des Koncha-Zaspa-Resorts“, so Piskun gegenüber Vesti.

Einer derjenigen, die definitiv Klage eingereicht haben, ist der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident und ehemalige Abgeordnete Volodymyr Semynozhenko. Sein Umfeld erklärte gegenüber Vesti, dass der Prozess nun in vollem Gange sei.

„Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen und es gibt noch keine Lösung. Ungeheuerlich ist, dass Uladzimir Semynozhenko über viele Jahre hinweg keine Forderungen an die Geschäftsführung stellte, das Haus in Ordnung hielt, regelmäßig alle Zahlungen leistete und gegen keine Gesetze verstieß. Und jetzt das“, sagte die Entourage des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Der ehemalige Sprecher der Werchowna Rada Volodymyr Rybak ist ebenfalls unter den Klägern, obwohl er dies in einem Gespräch mit Vesti nicht bestätigte.

„Welche Klagen? Mein Name wurde vom Präsidenten nicht erwähnt. Er sprach von Menschen, die in staatseigenen Wohnungen leben und keinen Grund dafür haben, dies zu tun. Es sind Kinder, Verwandte, Kinder

von Verwandten derjenigen, die legal nach Koncha-Zaspa gezogen sind. Das sind die Menschen, über die wir hier sprechen. Obwohl sie natürlich auch bezahlen. Das hat nichts mit mir zu tun“, erklärte Rybak gegenüber Vesti.

Ihm zufolge lebt er seit 15 Jahren in Koncha Zaspa in einem Haus, das er mit seinem eigenen Geld gebaut hat. „Ich habe meine Wohnung in Donezk, wo ich herkomme, verkauft und mit dem Geld ein Haus auf dem Gebiet von Koncha Zaspa gebaut, nachdem ich zuvor alle erforderlichen Genehmigungen eingeholt hatte. Ich bezahle die Strom- und Gasrechnungen, und zwar auch dann, wenn ich als Vorsitzender der Werchowna Rada das Recht dazu hätte, dies nicht zu tun. Und wer braucht jetzt mein Haus? Sollen sie es sich doch nehmen, ich werde nicht kämpfen“, sagt Rybak.

Seiner Meinung nach wäre es richtiger gewesen, den öffentlichen Wohnungsbau für eine offene Privatisierung vorzusehen, um Konflikte zu vermeiden. „Und das Thema wäre schon längst erledigt. Wie das jetzt ausgeht, werden wir sehen“, sagte Rybak.

Vergoldung und künstliche Kanäle

Alle von Vesti befragten Personen gaben an, dass sie alle Zahlungen pünktlich leisten. Dies sind keine geringen Beträge. Wie „Vesti“ bereits berichtete, kostete die Miete für das Haus des vertriebenen Hennadiy Zubko im Jahr 2020 52.000 Griwna pro Monat und die Nebenkosten weitere 15.000 Griwna.

Offiziell heißt es, der Grund für die vorzeitige Beendigung der Verträge sei ein Verstoß gegen die Bedingungen der Vereinbarungen über die Nutzung der Häuser. Und das ist die Nichtbezahlung von Miete und Nebenkosten für zwei Monate oder länger. Außerdem will das Management die Schulden nicht mit den Investitionen verrechnen, d.h. denjenigen, die Millionen in die Häuser investiert haben, die Nichtzahlung verzeihen.

„Wir persönlich leben für hiesige Verhältnisse recht bescheiden. Aber es gibt viel zu sehen: keine Häuser, sondern Villen mit Designerreparaturen, Marmor und Stuck, künstliche Kanäle. Wir besuchen nicht viele von ihnen, aber man sagt, dass die Beamten aus Kutschmas Zeiten Möbel aus einzigartigen Holzsorten mit echter Vergoldung haben, nicht künstlich, Silber, geprägt und Kristall. Früher haben die Leute 200 bis 400 Tausend Dollar in die Renovierung investiert“, sagte eine Bewohnerin von Koncha-Zaspa gegenüber Vesti.

Ihr zufolge bauen die Bewohner von Koncha Zaspa auf den Grundstücken in der Nähe ihres Hauses seltene und sammelbare Bäume an. Doch gutnachbarschaftliche Gespräche und Versammlungen werden hier nicht akzeptiert, so der ehemalige Parlamentspräsident Oleksandr Moroz gegenüber Vesti.

„Wir sprechen nicht über Abgänge, Umzüge oder Vertreibungen. Zunächst einmal ist es irgendwie unangenehm. Schließlich haben die Menschen gelitten – viele haben viel Geld in die Verbesserung der örtlichen Wohnverhältnisse investiert, Kapitalreparaturen, An- und Umbauten vorgenommen, und jetzt müssen wir alles zurücklassen“, so Moroz gegenüber Vesti.

Er selbst lebt seit mehr als 20 Jahren in Koncha Zaspa. „Das heißt, ich weiß nicht einmal, wer wo wohnt“, versichert uns Moroz.

Er merkt an, dass er bei Spaziergängen manchmal mit seinen Nachbarn zusammentrifft. „Wenn ich spazieren gehe, sehe ich manchmal das Ehepaar Kinakh. Anatoliy Kirillovich geht gerne in der Nähe seines Hauses angeln. Manchmal ist da noch jemand anderes. Wir sagen hallo und das war’s“, sagte Moroz.

Interessanterweise gibt es praktisch keine Zäune zwischen den Grundstücken, sondern nur eine Hecke aus Nadelbäumen oder Sträuchern. Der größte Zaun soll sich um die Datscha des ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschma befinden.

„Ja, es gibt einen solchen Zaun. Das Grundstück ist auf ihn eingetragen, sein Gehöft wird bewacht. Aber Sie können ihn hier nicht selbst sehen. Und es gibt keine anderen Zäune, die so groß sind. Ich habe einen Zaun von 1,5 Metern“, sagt Moroz.

Marmorböden und goldene Toiletten werden von niemandem entschädigt

Die Anwälte sagen, dass die Geflüchteten eine Chance vor Gericht haben, aber nicht alle.

„In den Verträgen ist klar festgelegt, wie die Investitionen getätigt und bestätigt werden. Auch für Reparaturen und Umbauten muss die Zustimmung der Leitung des Ferienhauses vorliegen. Wenn die Vertragsbedingungen für die Zahlungen eingehalten wurden, haben sie die Möglichkeit, das Geld zurückzubekommen. Wenn sie nicht eingehalten wurden und es unmöglich ist, das Geld zurückzubekommen, wird sie niemand entschädigen, und sie werden höchstwahrscheinlich vor Gericht verlieren“, erklärte der Anwalt Rostyslav Kravets gegenüber Vesti.

Wenn jemand z. B. Marmorböden und goldene Wände anfertige und der Eigentümer der Räumlichkeiten, also des Ferienhauses, dem Einbau dieser teuren Einrichtungsgegenstände und Ausstattungen nicht zustimme, seien die Vertragsbedingungen im Hinblick auf diese Genehmigungen nicht erfüllt.

„Was die Entscheidung selbst angeht, so ist sie politisch. Ich habe keinen Zweifel daran, dass, sobald die „ehemaligen“ Menschen vertrieben sind, die „aktuellen“ einziehen werden. Daher ist die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Entscheidung offen“, so Kravets.

Das Büro des Präsidenten behauptet jedoch, das Gesetz sei nicht gebrochen worden. Zelenskyy erzählte den Journalisten eine eklatante Geschichte. Er wollte das Gelände einer der Baustellen betreten, auf denen Reparaturen durchgeführt wurden, aber die Bauarbeiter versperrten ihm den Zugang und sagten, dies sei angeblich Privatgelände. Später fand der Präsident heraus, dass das öffentliche Grundstück aus irgendeinem Grund einem berühmten Schönheitschirurgen gehörte. Der Staatschef war daraufhin empört und ordnete eine Prüfung der staatlichen Datschen an.

Und im Wahlkampf, so erinnerte er sich, habe er gesagt, dass die Kinder in den staatlichen Sommerresidenzen leben und Ausflüge machen sollten. „Lasst uns dort ein Lager errichten. Ich sehe keinen Sinn in diesen Residenzen. Wenn wir also Ausflüge in Europa machen, sehen wir die alten Residenzen der Könige, was sie heute sind – alles für Ausflüge“, sagte Zelensky.

Wie Vesti bereits berichtete, tauchten die Kinder auf dem Gelände des Ferienhauses auf. Nach Angaben von Vesti handelt es sich um Jugendliche aus der Organisation „Haus des Vaters“, die ohne elterliche Fürsorge sind.

Außerdem gibt es Gerüchte, dass in den umgesiedelten Häusern Kunstzentren und Freizeiteinrichtungen entstehen sollen. Präsident Zelenski hatte bereits im Mai versprochen, in naher Zukunft ein Konzept für die Nutzung von Koncha-Zaspa und Puscha-Vodytsia vorzulegen.

Übersetzung: **DeepL** — Wörter: 1975

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.